

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL  
Sitzung vom 10. Juli 2014

Gesch. Nr. 122/14

## **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Geschäftsberichtes 2013**

[...]

### **7. Geschäft-Nr. 122/14**

#### **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Geschäftsberichtes 2013**

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat in Anwendung von § 30 Ziffer 5 der Gemeindeordnung den gedruckten Geschäftsbericht des Jahres 2013 und bittet um Genehmigung gemäss § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.

*Ratspräsidentin Brigitte Rööfli, SP*, schickt vor der Detailberatung dieses Geschäftes einige grundlegende Anmerkungen zum Ablauf voraus:

Die Reihenfolge der Beratung dieses Geschäftes gestaltet sich wie folgt:

- Referat des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission (inkl. Abschied)
- Stellungnahme der Stadträte zu den mit der Geschäftsprüfungskommission im Vorfeld vereinbarten Themen (Reihenfolge der Ressorts gemäss gedrucktem Geschäftsbericht)
- Fragen der Ratsmitglieder (jeweils zuerst GPK-Mitglieder, danach Ratsmitglieder) können während der Behandlung der einzelnen Ressorts angebracht werden (im Anschluss an die stadträtlichen Ausführungen).

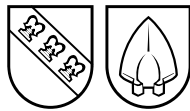
Um eine effiziente Behandlung dieses Geschäftes zu ermöglichen, seien folgende Hinweise gegeben:

Die Fragen sollten sich auf Vergangenes beziehen und die entsprechende Stelle im Geschäftsbericht jeweils mit Nennung der Seitenzahl erläutert werden. Fragen, die sich mit Sachgeschäften in der Zukunft auseinandersetzen, können anlässlich der alljährlichen Fragestunde im Herbst an die Mitglieder des Stadtrates gerichtet werden.

Die Mitglieder der GPK haben den Stadträten im Vorfeld dieser Sitzung Fragen bzw. Themen zukommen lassen, welche im Plenum nochmals erörtert werden. Pro Ressort ist eine Behandlungszeit von 5 bis max. 10 Minuten vorgesehen.

Der Rat verfährt nach der folgenden Reihenfolge.

<b>Ressort</b>	<b>Seite</b>
GEMEINDE	1
GROSSER GEMEINDERAT	6
STADTRAT	11
<b>PRÄSIDIALES</b>	<b>13</b>
<b>FINANZEN (FINANZEN / STEUERN)</b>	<b>24 / 34</b>
<b>GESUNDHEIT</b>	<b>40</b>



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

<b>HOCHBAU</b>	<b>51</b>
<b>JUGEND UND SPORT</b>	<b>67</b>
<b>SCHULE</b>	<b>77</b>
<b>SICHERHEIT</b>	<b>90</b>
<b>SOZIALES</b>	<b>104</b>
<b>TIEFBAU</b>	<b>116</b>
BETREIBUNGS- UND STADTAMMANNAMT	142
SCHWERPUNKTPROGRAMM DES STADTRATES	143
PENDENZENLISTE DES STADTRATES	148

### **ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION**

Das Geschäft wurde durch die Geschäftsprüfungskommission GPK vorberaten. Diese unterbreitet mittels Schreiben vom 24. Juni 2014 einen einstimmigen Abschied, wonach sie dem Gesamtrat die Genehmigung des Geschäftsberichtes empfiehlt. Für den detaillierten Wortlaut wird auf den separaten Kommissionsabschied in den entsprechenden Akten verwiesen. Der komplette Fragenkatalog, welcher die Geschäftsprüfungskommission zu Händen des Stadtrates erarbeitet hat und welcher auch als Grundlage für die erfolgten Anhörungen fungierte, wird dem Protokoll dieser Sitzung beigelegt.

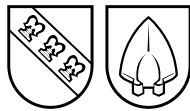
Es spricht Kommissionspräsident, *Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP*, welcher den schriftlichen Abschied wortgetreu verliest.

Im Sinne einer Kurzfassung gibt untenstehende Übersicht Auskunft darüber, welche Themen durch die einzelnen Ressortvorstände im Plenum nochmals erläutert werden. Wo zur Illustration visuelle Projektionen benutzt wurden, finden sich diese im Anhang zu diesem Protokoll.

#### **PRÄSIDIALES**

Stadtpräsident Ueli Müller, SP

*Stadtpräsident Ueli Müller, SP*, berichtet zur Situation bezüglich Auslagerung des städtischen Informatikdienstes. Nachdem die bisherigen städtischen Angestellten beschlossen haben, den Schritt in die Privatwirtschaft zu wagen und eine eigene Firma zu gründen, hat die Stadt sich für ein „Outsourcing“ der Kernaufgaben und Grundinformatikdienstleistungen entschieden, derweil die Infrastruktur der Schulen weiterhin intern betreut wird. Die vorzunehmende Ausschreibung für Ausgliederungen dieses Ausmasses unterliegt den gesetzlichen Submissionsbestimmungen. Die entsprechende Evaluation ist im Gang; mit einem Entscheid ist Ende August zu rechnen. Die Aufgaben werden im Sinne einer Übergangslösung zwischenzeitlich durch die neu gegründete Firma der ehemaligen Mitarbeiter aufrechterhalten. Nachdem erfolgten Outsourcing werden zwei (noch anzustellende) neue Mitarbeiter weiterhin den First-Level-Support sicherstellen und als Schnittstelle zum künftigen Dienstleister fungieren.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

---

### **FINANZEN (FINANZEN / STEUERN)**

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE

*Stadtrat Philipp Wespi, JLIE*, berichtet über ein Sozialprojekt, welches in der Abteilung Finanzen einer Person, die von der Sozialhilfe betreut wird, die Möglichkeit bietet, wieder Tritt im Arbeitsalltag zu fassen. Der sogenannte „Tausend-Franken-Job“ hat zum Ziel, Tagesstrukturen aufrechtzuerhalten und derzeit arbeitslosen Personen, den Wiedereinstieg zu erleichtern. Die Arbeiten konzentrieren sich auf die elektronische Erfassung von Belegen in die Buchhaltungsapplikation (Beleg-Scanning).

Die Person verfügt über keinerlei Zugriff oder Zutritt in die sicherheitskritischen Bereiche.

Weiter orientierte Wespi anlässlich einer entsprechenden Frage, dass die Stadt guten Steuerzahlern keine Dankesbriefe zukommen lässt. Die Aktion sei schlicht zu teuer und mute allenfalls auch bei den Empfängern etwas merkwürdig an. Allerdings stehe die Stadt mit den juristischen Personen in gutem Kontakt im Rahmen der Standort- und Wirtschaftsförderung.

---

### **GESUNDHEIT**

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP

*Stadtrat Mathias Ottiger, SVP*, orientiert zur städtischen Altersplanung. Die dezidierten Informationen sind aus der visuellen Präsentation, die Ottiger für die Untermauerung seiner Erläuterungen verwendet, ersichtlich.

---

### **HOCHBAU**

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP

*Stadtrat Reinhard Fürst, SVP*, orientiert zum Thema Brandschutz. Er klärt den Rat über Sinn und Zweck, die gesetzlichen Grundlagen, die gestellten Auflagen und die Kontrolle über deren Einhaltung auf. Hierzu wird auf die sich in der Protokollbeilage befindliche Präsentation verwiesen.

---

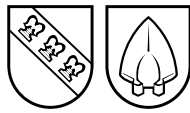
### WEITERE FRAGEN

*Gemeinderat Andreas Hasler, GLP*, erkundigt sich zu einer Thematik, die das Alterszentrum Bruggwiesen, betrifft. Da es sich hierbei um eine städtische Liegenschaft handelt, wird die Frage an das Ressort Hochbau gerichtet.

Die Gesamtanierung des Alterszentrums Bruggwiesen sei nun abgeschlossen; insbesondere jene des Traktes 1981. Hasler möchte vom Stadtrat wissen, wie viele Betten im fraglichen Gebäudeteil nun zur Verfügung stehen. In der seinerzeitigen Abstimmungsvorlage war von 86 Betten die Rede, danach wurde Zahl plötzlich auf 73 Plätze reduziert. Wie präsentiert sich die Situation heute?

*Stadtrat Reinhard Fürst, FDP*, begründet die Reduktion der Betten mit Auflagen, die im Zusammenhang mit einer flächenmässigen und räumlichen Umnutzung und im Rahmen einzuhaltender

---



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

---

gesetzlicher Bestimmungen der Pflegeverordnung gestellt wurden. Pro Pflegeplatz ist eine gewisse Zahl an „Freifläche“ einzurechnen. Demnach musste die Anzahl Betten im Verhältnis angepasst werden, was diesbezüglich zu einer Kürzung Anlass gab.

Die genaue Zahl ist derzeit nicht bekannt, wird aber zum gegebenen Zeitpunkt noch nachgereicht.

-----

*Gemeinderat Andreas Hasler, GLP*, besteht auf die protokollarische Aufzeichnung dieser Pendeuz.

\*\*\*\*\*

### NACHTRAG

Die Pendeuz wird zum Sitzungsende hin geschlossen, als Abklärungen des Stadtschreibers ergeben, wonach in der derzeit gültigen Betriebsbewilligung 67 Plätze für den „Trakt 1981“ figurieren.

\*\*\*\*\*

*Andreas Hasler, GLP*, erachtet diese Differenz im Vergleich zur anfänglichen Planung für sehr bemerkenswert.

-----

Pendeuz erledigt.

---

## JUGEND UND SPORT

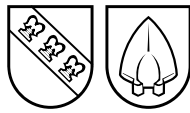
Stadtrat André Bättig, FDP

---

*Stadtrat André Bättig, FDP*, referiert zum Projekt OHA, was so viel wie „Offene Hallen“ bedeutet. Ziel des Angebotes sei es, Jugendlichen, die nicht in eine traditionelle Vereinsstruktur eingebunden sind, eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu bieten. Hierzu öffne die Stadt an einem bestimmten Sonntag die Turnhalle des Schulhauses Schlimperg, um den Drang der jungen Leute nach Sport und Bewegung zu fördern, resp. zu stillen. Diese Massnahme ermöglicht es, gleichzeitig die Integrationsbemühungen der Stadt zu unterstützen. Die Betreuung solcher Anlässe wird wiederum älteren Jugendlichen übertragen, die zu diesem Zweck als Coach ausgebildet werden. In eine ähnliche Kerbe schlägt das Projekt „Midnight Sports“.

Die Nachfrage zu diesem niederschweligen Angebot gestalte sich trotz grosser Beliebtheit aber durchaus schwankend. In Monaten, wo das Wetter nicht zum draussen verweilen einlädt, verzeichne das Projekt grossen Zulauf (November, Dezember, März). Das Projekt erreicht im Sinne der partizipativen Jugendarbeit etwa 160 Jugendliche. Im Durchschnitt sind es je nach Anlass 6, 9 oder 13 Kinder, die an solchen Sportveranstaltungen

---



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

---

teilnehmen. .Mangels Erfolges wurde das Angebot in Illnau ein-  
gestellt; der Standort Effretikon bleibt einstweilen bestehen.

---

### WEITERE FRAGEN

*Gemeinderat Matthias Müller, CVP*, sieht seine Erwartungen an einen Geschäftsbericht nicht erfüllt. Gemeinhin gehe man davon aus, dass im Prosateil vor allem über Besonderheiten des Geschäftsjahres zu lesen sein müsse. Es handle sich bei der Berichterstattung aber um standardisierte Sätze, die in jedem Jahr mehr oder weniger gleich ausfallen. Mit Ausnahme eines neuen Titels hätte sich im Vergleich zur Vorjahresausgabe nur wenig in der Formulierung geändert. Daraus ist zu schliessen, dass offenbar nicht sehr viel passiert ist. Immerhin aber stand die Stadt letztes Jahr im familienunterstützenden und –ergänzenden Bereich im Fokus, als es darum ging, für den Pavillon Watt eine neue Form zu finden.

Die Stadt habe Hand geboten und engagiert Sitzungen organisiert – im Parlament wurden hierzu gar Vorstösse behandelt (Gesch-Nr. 102/13; Interpellation Tanja Bischof, EVP, und Markus Hürzeler, CVP, betreffend Familienzentrum Pavillon Watt). Im letzten Herbst wurde die Lage analysiert – die Sache lässt sich nicht gerade unter dem Begriff „Ruhmesgeschichten“ subsumieren. Matthias Müller erhofft sich mehr Aufschluss zur Sache.

---

*Stadtrat Bättig, FDP*, gesteht zu, dass die diesbezügliche Berichterstattung offenbar sehr kurz ausgefallen sei. Der Prozess zur Regelung der Sache laufe momentan. Auch die Beteiligten (Fragesteller eingeschlossen) müssten darüber im Bilde sein. Bei der nächsten Berichterstattung werde man dem Thema mehr Beachtung schenken.

---

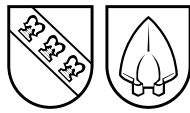
### SCHULE

Stadträtin Erika Klossner, FDP

---

*Stadträtin Erika Klossner, FDP*, berichtet zu den Massnahmen, welche die Schule unternimmt, um Lehrkräfte vor Überlastungen und deren Auswirkungen zu bewahren. Dabei räumt sie ein, dass es realistischerweise auch in Illnau-Effretikon deshalb zu Ausfällen kommt. Der Tages Anzeiger titelt in dessen Ausgabe vom 14. Juni „Selbst Polizisten fühlen sich weniger belastet als Lehrer“.

---



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

---

Damit es gar nicht erst soweit kommt, wird versucht, mit frühzeitiger Prävention und allenfalls zu installierenden Case Managements das Schlimmste zu verhindern und gezielt Ursachen und Symptome zu bekämpfen.

In einer internen Lehrerbefragung hätten einige Lehrpersonen eine vermehrte Belastung angegeben. Vor allem neue, junge Mitglieder des Lehrkörpers sehen sich des Öfteren mit folgenden Stressfaktoren konfrontiert:

- Schwierige Schüler/innen
- Bürokratische Arbeitslast
- Führungskonflikte
- Integrationsschwierigkeiten
- Grosser Individualisierungsbedarf für einzelne Schüler/innen
- Eltern, die mit Anwalt in der Schule erscheinen

Die integrative Sonderschulung könne sich in gewissen Einheiten auch zu einem Stressfaktor wandeln. Die Schulpflege schaue in jenen Fällen genau hin. Dennoch sehe man sich als Lehrer/in, als Schulpflege und auch als Steuerzahler/innen mit grossen Herausforderungen konfrontiert. In diesen Bereichen findet eine enge Zusammenarbeit mit Heilpädagogiker/innen und weiteren Beteiligten statt, um Ressourcen noch besser zu nutzen. Eine gewisse Sinnhaftigkeit könne auch dem Gedanken nicht entbehrt werden, wonach auch die Grenzen der Integration einmal benannt werden dürfen. Das komme nicht überall nur positiv an – der Umstand darf und muss aber auch mal einer Diskussion unterstellt werden.

Eine Thematik, der man sich im Rahmen eines Schwerpunktes während der nächsten vier Jahre widmen wird.

Bezüglich Administration sei man mittlerweile auf einem sehr guten Stand, sodass Lehrkräfte mit zentralen Verwaltungsapplikationen, welche durch die verwaltungsseitige Abteilung Schule mit Grunddaten versehen werden, merklich entlastet würden.

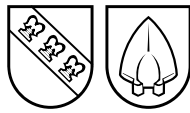
Hinsichtlich Reformen ginge man in Illnau-Effretikon pragmatische Wege. Man kranke hier zugegen nicht an „Reformitis“. Wichtig sei es aber, sich am Fortschritt zu beteiligen. Was dies betrifft, so wurde man auch von der Schulevaluation gut beurteilt.

Oft sei es auch gut, gewisse Strukturen noch nicht zu übernehmen, da sie meist im Nachgang ohnehin gleich wieder umgestossen werden.

Die Lehrpersonen fühlen sich gemäss Umfrageresultat sehr gut aufgehoben. Über den Kanton gesehen, verbleiben Lehrkräfte bzw. Schulleitungen durchschnittlich 10 bis 14 Monate an einem Ort. Mit 8 bis 10 Jahren Verbleibdauer bestehen in der Stadt Illnau-Effretikon beinahe luxuriöse Zustände.

---

Die Schulleitungen und auch die Schulpflege bewegen sich nahe



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

---

an den Lehrpersonen. Die Türen stehen offen – auch bei Problemen. Mit Zielvereinbarungsgesprächen und wohlwollenden Rahmenbedingungen schaffe man ein attraktives Arbeitsumfeld.

Auch zeitliche Ressourcen werden mit Bedacht gewonnen. Die Lehrer tauschen untereinander Prüfungen und Arbeitsblätter aus und teilen sich Korrekturarbeiten auf.

Weiterbildungen werden gezielt besucht – langjährigen Mitarbeiter/innen steht eine intensivere solche zu.

Zum Thema Wertschätzung informiert Stadträtin Klossner, dass man sich wohl auch inflationär dieses Begriffes bedienen könne. Dennoch werde die Wertschätzung aktiv gelebt. Jedes Jahr findet ein unbeschwertes Jahresschlussessen statt; man denke an Geburtstage, heisse neue Kollegen und Kolleginnen willkommen; man „hächle“ nicht miteinander, schimpfe aber auch nicht immer und doch sei auch Platz, einmal miteinander zu lachen. Und trotzdem werden auch hier Leute krank.

Meist treten Ausfälle infolge einer Kumulation von Problemen am Arbeitsplatz und solcher privater Natur zu Tage. Jüngere Kollegen und Kolleginnen kommen oft mit dem Druck nicht klar; auch sind sie es nicht gewohnt, sich dem System der „Selbsteinteilung“ zu fügen.

Der Begriff „Burnout“ falle indes sehr schnell, was nicht in jedem Fall zutreffend sei. Klossner zieht vor, von depressiven Verstimmungen zu sprechen.

Führen solche Verstimmungen zu langzeitigen Ausfällen, kommt das vom kantonalen Personalrecht vorgesehene Case Management zum Zug.

Trotz alledem wirbt Klossner weiterhin für den Lehrberuf und ist stolz auf viele „gesunde und lässige“ Lehrpersonen.

---

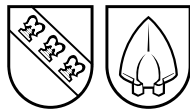
### WEITERE FRAGEN

*Gemeinderat Paul Rohner, SVP*, stellt eine Zusatzfrage. Auf Seite 81 des Geschäftsberichtes finden sich Hinweise zum auserschulischen Betreuungsangebot. Ebenso bestehen Konzeptvorschläge, ein solches während den Schulferien anzubieten. Paul Rohner erkundigt sich nach den Kosten und nach den Beitragshöhen der Eltern. Zudem fragt er sich, wie sich ein solches Projekt mit dem Sparpaket, das sich der Stadtrat selbst auferlegt hat, vereinbaren liesse.

---

*Stadträtin Erika Klossner, FDP*, begründet diese Massnahme, mit der Erklärung, dass man sich trotz Sparpaket weiterentwickeln muss. Es sei eine Tatsache, dass berufstätige Eltern (bei Alleinerziehenden fällt dieser Umstand umso mehr in Betracht)

---



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 10. Juli 2014

---

### SICHERHEIT

Stadträtin Salome Wyss, SP

---

nicht 13 Ferienwochen im Jahr Ferienbetreuung abdecken können. Es sei ein Zeichen der Zeit. Die Schulpflege hat in ihrer eigenen Finanzkompetenz einen Versuchsbetrieb gestartet (ab 2015), welcher sich dem ressourcenschonenden Betrieb verschrieben hat.

---

*Stadträtin Salome Wyss, SP*, orientiert anhand einer visuellen Projektion zu den Massnahmen, welche die Feuerwehr bei Hochwassersituationen ergreifen kann.

Für die Details wird auf die Illustrationen in der Beilage zu diesem Protokoll verwiesen.

---

### SOZIALES

Stadtrat Samuel Wüst, SP

---

*Stadtrat Samuel Wüst, SP*, äussert sich zur aufgeworfenen Frage, weshalb sich die Ausgaben zur Sozialhilfe in der Langzeitpflege, von Fr. 102'000.- auf Fr. 238'000.- erhöhten.

Der Grund für die Zunahme an Fällen (von 7 auf 10) und Kosten in der Langzeitpflege ist eine Häufung von Leistungskürzungen bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV. Dies ist zum Beispiel dann möglich, wenn jemand sein Vermögen zu schnell verbraucht hat oder sein Vermögen vor dem Bezug von Zusatzleistungen verschenkt. Das Ergänzungsleistungsgesetz sieht in diesem Fall eine Anrechnung des nicht mehr vorhandenen Vermögens vor. Ist dies der Fall, kann die Heimrechnung nicht mehr über die Zusatzleistungen bezahlt werden und dann muss die Sozialhilfe subsidiär „einspringen“.

Die Sozialhilfe - als letztes Sicherungsnetz - muss unabhängig vom Grund der Bedürftigkeit in solchen Fällen die Finanzierung des Heimaufenthalts sicherstellen. Buchhalterisch betrachtet, bedeutet dies eine Umlagerung der Kosten.

Auf eidgenössischer Ebene wurde letzte Woche die Diskussion betreffend dem Kapitalbezug der Pensionskassengelder lanciert. Für die Stadt wäre es natürlich von Vorteil, wenn die Rente möglichst hoch ist und nicht das Kapital rasch aufgebraucht und die Rente klein ist. Eine mögliche Anpassung ist hier jedoch noch weit entfernt.

Die städtische Finanzrechnung wird momentan enorm durch Zusatzleistungen zur AHV/IV belastet, ohne dass hier Einfluss genommen werden kann. Diese Leistungen sind gesetzlich klar vorgegeben.

---

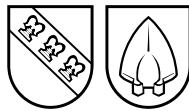
### TIEFBAU

Stadtrat Urs Weiss, SVP

---

*Stadtrat Urs Weiss, SVP*, informiert zum Wesen der städtischen Wasserversorgung. Die abgegebenen Informationen finden sich in der dazu verwendeten Illustration. Sie befindet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

---



**AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL**  
Sitzung vom 10. Juli 2014

ABSTIMMUNG

**DER GROSSE GEMEINDERAT**

- in Anwendung von § 30 Ziffer 5 sowie § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

**BESCHLIESST:**

1. Der Geschäftsbericht 2013 über die Amtstätigkeit der städtischen Behörden, der Verwaltung sowie der öffentlichen Betriebe wird genehmigt.
2. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - a. Mitglieder des Stadtrates (9),
  - b. Stadtschreiber (1),
  - c. Abteilung Präsidiales (3).

Obgenannter Beschluss erfolgte einstimmig.

Mitteilung an:

- Abteilung Finanzen
- Ratssekretariat (Geschäftsakten).

**Für getreuen Auszug aus dem Protokoll**



Marco Steiner  
Ratssekretär

Versandt am: 11.07.2014

ms